

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Weltraumfahrt in realistischer Sicht

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1957) : Weltraumfahrt in realistischer Sicht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 11, pp. 610-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132552>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ost der Gemeinsame Markt startbereit?

Unsere Auslandsmitarbeiter diskutieren die inneren und äußeren Widerstände

ENGLAND: Kein Gemeinsamer Markt ohne Freihandelszone

Die britische Regierung hatte im letzten Monat verschiedentlich Gelegenheit, ihre Stellung zum Fragenkomplex des Gemeinsamen Markts und der Freihandelszone darzulegen: vor dem konservativen Parteitag in Brighton, vor den Commonwealth - Wirtschaftsministern in Ottawa, vor dem OEEC-Ministerrat in Paris und vor dem GATT-Treffen in Genf. Dabei zeigte sich trotz mancher Akzentunterschiede, die sich aus den verschiedenen Interessen und Einstellungen der jeweiligen Gesprächspartner ergeben, übereinstimmend, daß Großbritannien an der grundsätzlichen Bejahung einer dem Gemeinsamen Markt eng liierten Freihandelszone festhält. Zwar hört man nicht mehr viel von den beiden ursprünglichen Hauptmotiven, der Hoffnung auf eine wirkliche Handelsliberalisierung und dem Argument, daß England aus wirtschaftlichen Gründen einfach nicht abseits stehen könne. Je williger die anderen Mächte des Gemeinsamen Markts auf Frankreichs protektionistische Ziele einzuschwenken scheinen, desto geringer wird Englands materielles Interesse an einer auch nur indirekten Beteiligung. Man will aber in London aus politischen Gründen keine Türen schließen und sucht deshalb geduldig weiter nach Kompromißformeln.

Kompromißlösungen

Für die Landwirtschaft, die so lange das Haupthindernis bildete, glaubt man sie in einer modifizierten Annahme des dirigierten Markts gefunden zu haben, die

dem Bedürfnis der kontinentalen Regierungen nach einer politisch akzeptablen Formel Rechnung trägt, aber England erlaubt, seine eigene Landwirtschaft — soweit nötig — zu schützen. Für die Überseegebiete erstrebt man einen ähnlichen Kompromiß, indem man ihren Wünschen nach Investitionskapital und Industrialisierung entgegenzukommen sucht; wenn die Länder des Gemeinsamen Markts in ihren Überseegebieten gemeinsam eine ähnliche Politik betreiben, wie sie England in den seinigen mit einigem Erfolg schon lange verfolgt, so wäre daran vom britischen Standpunkt gewiß nichts auszusetzen. Andererseits zeigte die scharfe Kritik am Gemeinsamen Markt seitens der überseeischen Agrarländer in Genf, wie berechtigt Londons Befürchtungen über die Vorrangstellung waren, die für die in letzter Stunde dem Gemeinsamen Markt eingefügten afrikanischen Territorien beansprucht wurde. Ein Vergleich mit den Commonwealth-Vorzugszöllen erscheint London schon deshalb unstatthaft, weil sie allgemein sehr viel niedriger sind als die für den Gemeinsamen Markt in Aussicht genommenen Außenzolltarife.

Auch bei der Commonwealth-Fühlungnahme in Ottawa zeigte sich erhebliche Unruhe über diesen Aspekt des Gemeinsamen Markts. Daß Englands Bemühungen um eine Freihandelszone dennoch, wenn auch nicht gerade enthusiastisch, gutgeheißen wurden, ist wohl hauptsächlich auf die Betonung politischer Momente durch die eng-

lischen Vertreter und die Inausichtnahme einer Commonwealth-Wirtschaftskonferenz im nächsten Jahr zurückzuführen. Angesichts der überwiegend kritischen Beurteilung des Gemeinsamen Markts durch die überseeischen GATT-Mitglieder erscheint es London wichtiger denn je, daß die protektionistischen Elemente des Vertrages von Rom, sofern sie nicht als dem GATT-Abkommen widersprechend eliminiert werden, von vornherein durch gleichzeitige Schaffung einer Freihandelszone neutralisiert werden. Die Befürchtung englischer Wirtschaftskreise, daß die Eröffnung eines Gemeinsamen Markts vor Schaffung einer Freihandelszone den Weltmarkt gewaltig stören würde, ist durch die Haltung der überseeischen Agrar- und Rohstoffländer bestärkt worden.

Es mag kontinentale Beobachter verwundern, daß die jüngste Sterlingkrise die britische Einstellung zum europäischen Handelsproblem nicht beeinflußt. Sie hatte indessen nichts mit Englands Handel zu tun, sondern war psychologisch bedingt. Solange die objektiv niedrigen Gold- und Valutabestände in London für den ganzen Sterlingbereich und den auch heute noch größten internationalen Finanzmarkt in der Welt genügen müssen, sind temporäre Krisen fast unvermeidlich. Fallende Rohstoffpreise und überambitiöse Investitionspläne in einigen finanziell schwächeren Commonwealth-Ländern müssen nach Lage der Dinge die Sterling-Problematik noch verschärfen, auch wenn Englands eigene Zahlungsbilanz aktiv bleibt.

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

Sie setzen etwaigen Konzessionen an den Gemeinsamen Markt enge Grenzen und vergrößern das Dilemma, das England aus seiner geographisch-politischen Affinität mit Europa einerseits und seinen Commonwealth-Bindungen andererseits erwächst.

Die Frage der Termine

Große Bedeutung wird in London der Zeitfrage beigemessen, und deshalb beobachtet man auch die französischen Schwierigkeiten mit großer Besorgnis — nicht nur, weil Schwierigkeiten in Frankreich immer wieder zu neuen Konzessionen an die Protektionisten geführt haben. Während der starre Protektionismus, der der französischen Industrie vorgeworfen wird, britische Wirtschaftsinteressenten verärgert, halten politische Kreise in

London das französische Problem für einen Grund mehr, den Europagedanken nicht fallen zu lassen. Sie hoffen, daß die jüngsten britischen Vorschläge hinsichtlich eines neuen Agrarabkommens den Verhandlungen einen neuen Anstoß geben und auch die kontinentale Verzögerungstaktik Argwohn erregt hat.

Angesichts der neuen Hindernisse, die sich auf der GATT-Konferenz abgezeichnet haben, rechnet man aber in London nur mit langsamen Fortschritten, glaubt andererseits jedoch, daß die kritische Haltung der Überseeländer den Mitgliedern des Gemeinsamen Marktes die Gefahren einer hastigen Realisierung des Vertrags ohne rechtzeitige Absicherung durch eine Freihandelszone klargemacht hat. (A.)

FRANKREICH: Die innere Krise und der Gemeinsame Markt

Die internationalen Gerüchte über den französischen Wunsch einer Verzögerung der Inkraftsetzung des Gemeinsamen Marktes lösten in Paris ehrliche Überraschung aus. Es ist sicher, daß die Initiative hierzu weder offiziell noch offiziös von Frankreich ausging und bis zum Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben wurden (d. h. bis Anfang November), niemand in der französischen Hauptstadt ernstlich an eine derartige Möglichkeit dachte, weder im Regierungslager, noch bei den Sachverständigen. Man ging so weit, sich in der „Kulisse“ die Frage zu stellen, ob diese Vermutung nicht von britischer Seite aus in Umlauf gesetzt wurde, in der Hoffnung, auf diese Weise für die Vorbereitung der Freihandelszone über eine zusätzliche Frist von sechs Monaten zu verfügen. Es mangelt übrigens nicht an Stimmen, die behaupten, Großbritannien würde bis zum letzten Augenblick versuchen, die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes zu verhindern oder zumindest zu verzögern, da diese kontinentaleuropäische Einigung völlig seinen Vorstellungen und wirtschaftlichen Erfordernissen widerspreche.

Am pünktlichen Start interessiert!

In französischen Kreisen gibt man unabhängig hiervon zu verstehen, man wäre nicht zuletzt aus

internen Gründen am pünktlichen Start des Gemeinsamen Marktes äußerst interessiert, denn Frankreich benötige dringend diesen außernationalen Motor, der geeignet sei, die schon längst fälligen Reformen zu beschleunigen. In der Europapolitik sieht man nämlich schon lange ein durchaus erwünschtes Druckmittel auf das eigene Parlament und die eigenen Wirtschaftskräfte, die sich allein unter dem Zwang der Ereignisse zu der erforderlichen Anpassung an das internationale Kosten- und Produktionsniveau entschließen könnten. Man erinnert in diesem Zusammenhang an die Erfahrungen der Stahlindustrie, die erst nach Veröffentlichung des Schumanplanes ernstlich an ihre Modernisierung herangegangen ist. Über die sich aus dem Gemeinsamen Markt für Frankreich in seiner jetzigen labilen Wirtschaftslage ergebenden Gefahren macht man sich keinerlei Illusion. Man weiß, daß es sich um eine sehr scharfe Kur handelt, glaubt aber, sich diesem Abenteuer nicht entziehen zu dürfen, denn dann würde das Land endgültig den Anschluß an die wirtschaftliche und technische Entwicklung und jede Hoffnung auf die Rückgewinnung seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit verlieren.

Die prekäre Devisenlage

Wirtschaftstechnisch steht Frankreich für den Gemeinsamen Markt nur vor einer Schwierigkeit: der prekären Devisenlage. Das Lohn- und Soziallastproblem gilt als gelöst, Produktivität und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft machen ununterbrochen neue Fortschritte. Die Preisentwicklung war bisher nicht beunruhigender als in den anderen Ländern, während sehr ernste Bemühungen im Gange sind, um den Fehlbetrag der Staatskasse einzuschränken, was durch die in absehbarer Zukunft zu erwartende Beendigung der Feindseligkeiten in Algerien erleichtert werden sollte. Dagegen ist es eine sehr eigenartige Sache, mit leeren Devisenkassen in den Gemeinsamen Markt einzusteigen, ohne sich darüber Gedanken zu machen, wie die liberalisierten Einfuhren bei dem Fehlen einer einheitlichen europäischen Währung bezahlt werden sollen. Die letzten Reserven werden am 15. Dezember erschöpft sein. Die Franc-Abwertung vom Monat August erwies sich für die Exportförderung als ergebnislos, weil sie nach Wegfall der bisherigen Exportsubventionen nur einen unwesentlichen Spielraum für Preisverbilligungen ließ. Gelingt es Frankreich nicht, kurzfristig eine größere Auslandsanleihe — mindestens 500 Mill. \$ — zu mobilisieren, rückt eine völlige Unterbrechung der Einfuhren in drohende Reichweite. Nicht nur dem Gemeinsamen Markt, sondern auch der OEEC gegenüber ist Frankreich verpflichtet, bis spätestens 1. Januar 1959 zu einer Liberalisierung von mindestens 75 %, zurückzukehren. Kann dieses Ziel erreicht werden?

In französischen Wirtschaftskreisen zeigt man sich in dieser Beziehung trotz allem durchaus optimistisch. Selbstverständlich stellt man hierbei eine weitere Franc-Abwertung um mindestens 10 %, die der Ausfuhr eine kräftige Spritze geben könnte, in Rechnung. Positiv wertet man die gesunde Konjunktur der französischen Wirtschaft und ihre ununterbrochene modernisierende Expansion. Man hofft, den Nachfragedruck des Binnenmarktes langsam verringern

zu können, nicht zuletzt durch eine empfindliche Einschränkung der staatlichen Investitionstätigkeit. Dank des Erdgases von Lacq und des keineswegs mehr problematischen Sahara-Erdöls sowie der Rohstoffe Zentralafrikas kann sich die französische Energie- und Devisenbilanz langfristig nur verbessern. Auch von internationalen Sachverständigen wird in der jetzigen Krise vorwiegend eine durch die interne Unordnung zweifellos verzerrte Wachstumserscheinung gesehen. Nach den vorliegenden Regierungsplänen soll bis Anfang 1959 die Ausfuhr 95% der Einfuhr decken, womit das Gleichgewicht der französischen Zahlungsbilanz ungefähr wiederhergestellt wäre. Es ist möglich und beinahe wahrscheinlich, daß dieser Termin eingehalten werden kann, das angestrebte Ziel liegt jedoch grundsätzlich keineswegs außer Reichweite. Frankreich erfüllt alle Voraussetzungen, um seiner jetzigen Schwierigkeiten schneller Herr zu werden, als fernstehende und durch die internen politischen Zwistigkeiten etwas in die Irre geführten Beobachter annehmen. Ob dies mit einer Verspätung von sechs oder zwölf Monaten geschieht, sollte auch für die weitere europäische Wirtschaftszusammenarbeit von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung sein.

Das Bekenntnis zu Europa ist ehrlich

Was die Termine des Gemeinsamen Marktes betrifft, weist man in Paris darauf hin, daß am 1. Januar 1958 zunächst eine sich in keiner Weise wirtschaftlich auswirkende einjährige Vorbereitungsperiode zu laufen beginnt und es mit dem eigentlichen Mechanismus der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erst am 1. Januar 1959 ernst wird. Dann ist Frankreich zu einer ersten Zollsenkung um 10% verpflichtet. Hierin sieht man kein

Hindernis. Es wäre lediglich vorstellbar, daß die französische Devisenlage in diesem Augenblick noch nicht restlos saniert ist und es infolgedessen Frankreich schwer fällt, auf seinen Kontingentschutz im erwarteten Ausmaß zu verzichten. Der Vertrag dürfte aber geschmeidig genug sein, um befristete Ausnahmebestimmungen für Frankreich zuzulassen, so daß auch in diesem ungünstigen Falle keine Veranlassung bestünde, den Gemeinsamen Markt mit Rücksicht auf die französische Lage zu vertragen.

Politische Einwände gegen die französische Mitarbeit am europäischen Aufbauwerk werden in Paris nicht anerkannt. Gewiß, die innenpolitischen Verhältnisse werden keineswegs übersehen, nur dürfte sich hierdurch nichts an der Europapolitik ändern, die heute von einer ausreichenden Mehrheit der öffent-

lichen Meinung und des Parlaments gebilligt wird und sich infolgedessen gewissermaßen über den Regierungskrisen befindet. Andererseits, so meint man, brauche man keine politische Umwälzung in Frankreich zu befürchten, denn die allgemeinen Schwächeerscheinungen betreffen ebenso das Regime wie seine Widersacher, die nicht im geringsten die Möglichkeit hätten, eine Nachfolgeschaft der IV. Republik anzutreten. Auch auf politischer Ebene müsse sich Frankreich mühevoll und sehr langsam zu einer Gesundung durchringen. Dieses Ziel läßt sich nach Ansicht zahlreicher Beobachter im europäischen Rahmen leichter als im ausschließlich nationalen Rahmen erreichen. Aus all diesen Gründen ist bis auf weiteres das gegenwärtig etwas überraschend starke Bekenntnis Frankreichs zu Europa durchaus ehrlich gemeint. (fr.)

BENELUX: Gemeinsamer Markt fördert den Welthandel

Hier herrscht der allgemeine Wunsch, daß der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Anfang 1958 in Kraft tritt. Auf die Ratifizierung des Vertrags durch die Parlamente der sechs angeschlossenen Länder wird man zweifellos nicht zu warten brauchen. Durch die Tätigkeit des Aktionsausschusses für die Vereinigten Staaten von Europa unter Jean Monnet dürfte eine parlamentarische Mehrheit für den Vertrag in allen Teilnehmerstaaten gesichert sein. Auch die öffentliche Meinung ist für die Realisierung des Vertrags auf sachverständige Weise gewonnen worden.

Die organisatorische Seite

Man könnte also nach Jahresbeginn sofort mit der Bildung der Organe beginnen, die zur praktischen Durchführung des Vertrags benötigt werden. Noch ist es offen,

welche Stadt als Sitz der Behörden gewählt wird. Unserer Meinung nach dürften Paris und Brüssel die größten Aussichten haben, obschon sich auch manche Argumente zugunsten Straßburgs anführen ließen.

Die Zusammenstellung des Europa-Ausschusses dürfte kaum auf Schwierigkeiten stoßen. Zu dem Amt des Präsidenten wird man nach aller Wahrscheinlichkeit eine deutsche oder eine französische Autorität berufen, wobei es eine Rolle spielen wird, welche Nation den Präsidenten der Montanunion jeweils stellt. Die Beneluxländer hegen keinerlei Erwartung, daß eine Persönlichkeit aus ihrer Mitte zum Haupt einer dieser beiden Organe gewählt wird. Nur bei einer Uneinigkeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, die unwahrscheinlich ist, könnten sie eine Chance haben.

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
23 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Die handelspolitische Seite

Die organisatorischen Fragen wird man ziemlich rasch lösen. Schwieriger dürfte es sein, einen Ausweg aus der Problematik zu finden, die sich durch die Beziehungen des Gemeinsamen Marktes zum GATT stellt. Auch die Bildung einer wahrhaften Freihandelszone läßt noch viele offene Fragen. Man ist in Beneluxkreisen davon überzeugt, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur weiteren Ausweitung des Welthandels beitragen und somit die Zielsetzung des GATT unterstützen wird. Die Furcht vor einem nachteiligen Einfluß des Gemeinsamen Marktes auf den Welthandel findet man unbegründet. Andererseits weigert man sich, die Gemeinschaft der westeuropäischen Länder unter Kuratel des GATT zu stellen. Die Beneluxländer sehen also in dem Gemeinsamen Markt ein Sprungbrett für die Erreichung eines freieren Welthandels. Es ist niemals Absicht der sechs Länder gewesen, sich von der anderen Welt zu isolieren. Das Ziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kann letztlich nur durch eine Vergrößerung ihrer Einfuhr aus Ländern außerhalb der Gemeinschaft erreicht werden, da man erwartet, daß durch den Zusammenschluß ein weitaus größerer Bedarf an Rohstoffen und Kapitalgütern entstehen wird. Die Steigerung des Handels zwischen den Ländern des Gemeinsamen Marktes wird also sicher nicht auf Kosten der anderen Welt gehen, obwohl es möglich ist, daß die Import- und Exportbeziehungen sich in vieler Hinsicht ändern werden. Besonders für die Niederlande ist die Bindung zu den Überseeländern ein wesentlicher Punkt ihrer Integrationspläne, die auf Kapitalinvestitionen in Entwicklungsländern abzielen.

Die Rolle der Freihandelszone

In der Anlaufperiode der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird das Problem der Errichtung einer Freihandelszone eine große Rolle spielen. Dieser Plan für eine Freihandelszone ist schließlich als bedeutungsvolle Reaktion auf das Zustandekommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entstanden. Ihre Bedeutung geht daraus hervor, daß in der letzten Zusam-

menkunft des Ministerrats der OEEC in Paris eine Resolution gefaßt wurde, die den Entschluß kundgibt, die Bildung eines alle OEEC-Länder umfassenden Freihandelsgebiets zu fördern. Diese Freihandelszone soll eine Art Bindeglied auf multilateraler Grundlage zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den OEEC-Ländern werden.

Wenn man auch in den Beneluxländern dem englischen Vorschlag über die Errichtung einer Freihandelszone sehr große Bedeutung beimißt, so macht man kein Hehl daraus, daß ihre Verwirklichung in der heutigen Konzeption auf große technische Schwierigkeiten stoßen wird, da dieser Entwurf noch den geistigen Stempel des 19. Jahrhunderts trägt. In diesem Zusammenhang weist man darauf hin, daß die Evolution von der Montanunion zu Euratom und Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft durchaus logisch ist und den wirtschaftlichen und politischen Auffassungen des 20. Jahrhunderts entspricht. Diese Entwicklung ist mit dem klassischen Institut einer Freihandelszone nicht in Einklang zu bringen. Deshalb muß dieses klassische Institut eine Metamorphose durchmachen, um die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes nicht zu hemmen. Das ist auch deshalb notwendig, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen Ländern, die sich noch nicht dem Gemeinsamen Markt anschließen können, zu erhalten und zu verstärken.

Gegen die Befürchtung, daß der Gemeinsame Markt mit seinem Außentarif die Entstehung eines protektionistischen Blocks fördere, kann man darauf hinweisen, daß der wirtschaftliche Nationalismus schon seit dreißig Jahren ein Kernproblem der Weltwirtschaft ist, das auf nationaler Ebene bisher nicht wirksam bekämpft werden konnte. Durch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft besteht zumindestens die Hoffnung, daß dem nationalen Protektionismus wenigstens in diesem Gebiet, das eine Bevölkerung von 160 Mill. umfaßt, Einhalt geboten wird und daß diese Entwicklung dann weitere Kreise zieht.

Die Bilanz der Beneluxländer

Die günstige Lage der Beneluxländer im Deltagebiet der großen westeuropäischen Flüsse bietet den Häfen Rotterdam und Antwerpen die Aussicht, ihre Position wesentlich zu verbessern. Den Niederlanden öffnen sich neue Absatzmöglichkeiten für ihre Agrarerzeugnisse, besonders für Molkereiprodukte, Gemüse und Obst. In den niederländischen Industriekreisen ist man dagegen weniger optimistisch. In Belgien hat man die Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes auf verschiedene Industriezweige berechnet, die gegenwärtig einen Gesamtumsatz von 288 Mrd. bfrs haben. Man kam dabei zu dem Resultat, daß der Gemeinsame Markt für eine Gruppe von Wirtschaftszweigen mit einem Umsatz von 200 Mrd. bfrs (70 % des Gesamtumsatzes) zum Vorteil gereichen wird. In Wirtschaftszweigen, die 16 % des Gesamtumsatzes ausmachen, rechnet man mit Schwierigkeiten, die Anpassungsmaßnahmen erforderlich machen. In den Wirtschaftszweigen, auf die die übrigen 14 % des Gesamtumsatzes entfallen, erwartet man keine Beeinflussung des Gemeinsamen Marktes.

Unter den Überseeländern, die Bedenken gegen die europäische Zollgemeinschaft hegen, nimmt Belgisch-Kongo eine Sonderstellung ein, da ihm die Konvention von Berlin (1884/85) die Pflicht auferlegte, eine Politik der offenen Tür zu führen, was es ihm unmöglich macht, sich integral dem Gemeinsamen Markt anzuschließen. Das System der offenen Tür erstreckt sich indessen ausschließlich auf die Einfuhr. Was die Ausfuhr anbelangt, so kann der Kongo durchaus von den Expansionsmöglichkeiten profitieren, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihm bietet.

Die Sorgen der Überseeländer

Daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht überall in der Welt enthusiastisch begrüßt wird, beweisen die Debatten im vierten Ausschuß der Vereinten Nationen, die darauf abzielten, den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das Recht zu bestreiten, den Anschluß ihrer „kolonialen“

Gebiete an den Gemeinsamen Markt ohne ausdrückliche Zustimmung der Bevölkerung zu vollziehen. Auch die südamerikanischen Staaten zeigen sich besorgt. Argentinien bangt um seinen Fleischabsatz. Brasilien macht sich um seinen Kaffeemarkt Sorgen. Dabei erscheinen besonders Brasiliens Befürchtungen überflüssig, da man sowohl in der Bundesrepublik wie in den Niederlanden dem afrikanischen Kaffee keinen Geschmack abgewinnen kann. Da die westeuropäischen Kaffeehändler außerdem die Absicht haben, den Verbrauch wesentlich zu erhöhen, werden sie auf einem niedrigen Zollsatz für Kaffeeimporte bestehen. Neuseeland steht dem Gemeinsamen Markt viel reservierter als Australien gegenüber, da es befürchtet, seinen Export von Fleischwaren und Molkereierzeugnissen nach den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ganz ab-

streichen zu müssen. Deshalb erwägt man, den Export nach Asien mehr als bisher zu fördern, um damit vom britischen Markt unabhängiger zu werden. Japan befürchtet, daß sich der Gemeinsame Markt zu einem neuen Gebiet mit Sonderrechten entwickelt, und erwartet vom GATT Maßnahmen, die eine völlige Übereinstimmung des Gemeinsamen Marktes mit den Vorschriften des GATT gewährleisten.

Letztlich entstehen alle Bedenken aus der Furcht vor dem Entstehen eines autarken Europas, das die von ihm abhängigen Kolonialgebiete einschließt. Ganz offensichtlich kann man diesen Bedenken am besten durch Ausbreitung der Freihandelszone begegnen. Je mehr Länder der freien Welt sich dieser Freihandelszone anschließen, um so größer wird die Möglichkeit, daß das GATT-Ideal eines freien Welt Handels erreicht wird. (M. H. J.)

„Organization for Trade Cooperation“, wartet seit zwei Jahren auf die Ratifizierung durch die USA, ohne die sie nicht ins Leben treten kann. Die unterentwickelten Länder klagen über ungenügende Investitionen durch die kapitalstarken Mächte. Ihr Wunsch, daß im Rahmen der UNO ein Investitionsfonds errichtet wird, das SUNFED, stößt auf den Widerspruch der USA; auch der Wunsch nach Stabilisierung der Rohstoffpreise durch internationale Abmachungen findet keine Gegenliebe. Die Import- und Exportpolitik der USA für Agrarprodukte stößt auf unverhohlenen Widerstand von Ländern wie Kanada, Australien, Dänemark und Holland. Der kanadische Wirtschaftsminister Churchill spricht von Dumpingmethoden. Die Japaner beschwerten sich darüber, daß 14 Länder ihnen die Meistbegünstigung verweigern. Das GATT solle seine Bestimmungen lockern, um mehr Mitglieder aufnehmen zu können. Mit seinen 37 Mitgliedern sei es nur ein Torso.

SCHWEIZ: Belastungs- oder Bewährungsprobe des GATT?

Kein Zweifel, die Gegnerschaft gegen den Messinaplan ist im GATT allgemein, wenn auch die einzelnen Staaten oder Gruppen von Staaten die Akzente anders setzen mögen. Die dreitägige Tagung vom 28. bis 30. Oktober, auf der 32 Minister, Staatssekretäre oder ihre Vertreter das Wort ergriffen, war aufschlußreich. Eindrucksvoll war es aber auch, daß die Vertreter der Messinamächte geschlossen auftraten und keinen Zweifel darüber ließen, daß der

Plan am 1. Januar 1958 in Kraft treten soll, damit man ein Jahr darauf mit den ersten praktischen Maßnahmen beginnen kann.

Mißstimmungen im GATT

Nicht erst seit heute herrscht im GATT eine Malaise. Seine großen Leistungen auf dem Gebiet der Zollsenkungen gehören der Vergangenheit an, Erfolge hat es seit Jahren nicht mehr aufzuweisen. Zählen wir kurz auf: Die Dachorganisation für das GATT, die

Man begreift, daß bei einer so ausgebreiteten Mißstimmung die Neigung nicht sehr groß ist, die Risiken auf sich zu nehmen, die mit der Anerkennung des Messinaplanes zumindest in den 12 bis 15 Übergangsjahren verknüpft sind. Wird der Gemeinsame Markt das GATT sprengen, wie viele befürchten, oder hat der Franzose André Philip recht, wenn er behauptet, der regionale Zusammenschluß in Europa wirke komplementär zum GATT, werde das gestrandete Schiff wieder flottmachen und der



Unsere Bank steht seit 1870 im Dienste der deutschen Wirtschaft. Wir betreiben alle Zweige des Bankgeschäfts und gewährleisten durch unsere weitreichende Organisation schnelle Bedienung und gewissenhafte Beratung. Im Ausland unterhalten wir eigene Vertretungen in Amsterdam, Beirut, Madrid, Rio de Janeiro und Windhoek.

COMMERZ- UND DISCONTO-BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltung Hamburg · 60 Geschäftsstellen in Norddeutschland

Ausdehnung des Welthandels einen neuen Auftrieb geben, auch — und gerade — zugunsten der Rohstoffländer? Weiter behauptet Philip, wer den Gemeinsamen Markt mit dem GATT-Statut für unvereinbar hält, verleugnet den Geist, der auf der Habana-Konferenz vor zehn Jahren geherrscht hat. Damals wurde dem Statut der Artikel XXIV eben deswegen eingefügt, weil man sich von regionalen Zollunionen und Freihandelszonen, die er behandelt, eine Belebung des Welthandels versprach, und das besonders im Hinblick auf Europa. Die launige Bemerkung des belgischen Ministers Henry Fayat, man solle doch die sechs Mächte nicht für „böse Buben“ halten, die ihren Nachbarn die Fenster einschlagen wollen, verfehlte nicht ihren Eindruck. Er meinte, man solle abwarten, wie sich die Dinge entwickeln, über die man im GATT laufend werde sprechen können.

Die kritischen Punkte des Gemeinsamen Marktes

Die Hauptprobleme, die der Vertrag von Rom aufwirft, sind 1. die Einbeziehung der Überseegebiete in den Gemeinsamen Markt, an der es nichts mehr zu rütteln gibt, wie Staatssekretär Hallstein und André Philip bestimmt erklären, dann 2. die Importrestriktionen auf dem Agrarsektor und 3. der künftige Außenzolltarif, von dem die Drittländer befürchten, er bringe global eine Erhöhung der Zollsätze, während Staatssekretär Hallstein mitteilte, daß er nach Berechnungen, die bei über 60 % des Einfuhrvolumens angestellt wurden, in dem künftigen Großraum um 30—60 Mill. \$ niedriger liegen könnte als heute. Schließlich befürchten die unterentwickelten Drittländer noch, daß die Überseegebiete des Gemeinsamen Marktes die Investitionskapitalien zum größten Teil oder ganz für sich in Anspruch nehmen werden, so daß für sie nicht viel übrig bleibt.

Als Land der harten Währung steht jetzt die Bundesrepublik wegen ihrer Einfuhrkontingentierungen unter starkem Beschuß. Im Augenblick wo wir schreiben, liegt die deutsche Antwort noch nicht vor. Sie wird wohl Rücksicht auf die

künftige Zollunion zu nehmen haben, sei es im Hinblick auf starke Preisunterbietungen bei Textilien aus östlichen Ländern, sei es im Hinblick auf analoge Bestimmungen über die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten in den Partnerländern. Grundsätzlich soll ja im Gemeinsamen Markt an den betreffenden Bestimmungen über Agrarimporte nichts geändert werden. Anders als auf dem Wege des Kompromisses wird man hier zu keiner Lösung gelangen. Als Hartwährungsland ist die Bundesrepublik aber wiederum in der Lage, auch außerhalb des Gemeinsamen Marktes Investitionskapital anzubieten, wie sie es bisher schon getan hat. Dazu muß allerdings der innere Kapitalmarkt gekräftigt werden.

Der Streit um den Zolltarif

Mag der Außenzolltarif der sechs Mächte nun über oder unter dem jetzigen Niveau liegen, auf jeden Fall bringt er für Drittländer einschneidende Veränderungen. Amerikaner wie Schweizer bereiten sich darauf vor, Produktionen in die Zone des Gemeinsamen Marktes zu verlagern. Die Schweiz meldet jetzt auch ihren neuen Zolltarif an, über den sie innerhalb des GATT zu verhandeln wünscht. Von Deutschland hat die Schweiz bereits die formelle Zusage, daß es bereit ist, über den Tarif zu verhandeln, und daß es gegen Zoll erhöhungen nichts einwenden wird, die die Sätze des deutschen Tarifs nicht übersteigen.

Südafrika und Kanada haben in schroffer Form ihre Einwände gegen das „grobe“ Schema des arithmetischen Mittels für den Außenzolltarif angemeldet, die europäischen Drittländer dagegen haben sich bemerkenswerter Zurückhaltung befleißigt. Großbritannien denkt dabei an die Freihandelszone, die skandinavischen Länder auch an ihre eigene nordische Zollunion. Die Deutschen sind zuversichtlich, daß man mit den Drittländern auch bilateral zur Verständigung kommen werde, wenn die Freihandelszone zeitlich nachhinken sollte. Und die Schweizer geben sich der allerdings vagen Hoffnung hin, Erhards Machtposition im deutschen Kabinett sei so

gestärkt, daß er sich selbst gegen die Franzosen werde durchsetzen können. Mit ihm ließe sich vielleicht der freie Welthandel doch noch retten.

Aber ist nicht der Fall Frankreich ein hoffnungsloser Fall? Kabinettskrisen am laufenden Band, Nordafrika, Währungszerfall, sagt das nicht genug? Dem ist entgegenzuhalten, daß die Wirtschaft von ausländischen Kennern als durchaus gesund und fortschrittlich angesehen wird. Wer kann heute wissen, ob bis zum Wirksamwerden des Gemeinsamen Marktes am 1. Januar 1959 der französische Staat sich nicht an Haupt und Gliedern erneuert? Eines nur ist sicher, so wie es ist, wird es nicht ewig bleiben.

Das Ziel ist die Europäische Gemeinschaft

So unbestimmt die Zukunft erscheint, die vor uns liegt, sie wird anders aussehen, vielleicht sogar besser, wenn sich Großbritannien aufrafft und die Hinwendung zu Europa mit mehr Ernst verfolgt als bisher. Zwei Präferentialsysteme für Agrarprodukte auf einen Nenner zu bringen, das des Commonwealth und das europäische System, scheint nach Meinung des italienischen Außenhandelsministers Carli fast unmöglich zu sein. Mit oder ohne Freihandelszone, die Europäische Gemeinschaft wird formell jetzt am 1. Januar ins Leben treten. Die 37 Mitglieder des GATT sitzen zusammen und beraten, wie man zu einer Verständigung kommen kann. Das wird Jahre hindurch so weiter gehen, und es kommt auch wohl gar nicht darauf an, ob man die Termine immer genau einhält.

Der Messinaplan überschreitet die Zuständigkeit des GATT in der politischen wie auch in der weitgespannten wirtschaftlichen Integration. Es darf einigermaßen zuversichtlich stimmen, daß die politische Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich — man darf fast sagen, programmgemäß — gewaltige Fortschritte gemacht hat. Wir haben uns daran zu halten, daß der Gemeinsame Markt als Mittel gedacht ist, um zu dem Ziel der Europäischen Gemeinschaft zu gelangen. (H. F.)

Nochmals: Wirtschafts- und Sozialpolitische Aufgaben des 3. Bundestages

Zu der in unserem Oktoberheft geführten Diskussion ist uns eine Stellungnahme des Vizekanzlers im zweiten Kabinett, Dr. Franz Blücher, zugegangen, die wir unseren Lesern als abrundende Ergänzung nicht vorenthalten möchten, da sie die Abhängigkeit des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts von der Sanierung des Kapitalmarktes klar herausstellt.

Wenn ich zu einer „begründeten Rangordnung“ der Aufgaben auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet, die für die nächste Zukunft anstehen, Stellung nehmen soll, so erscheint es mir notwendig, zunächst von unserer derzeitigen Außenhandelsituation auszugehen. Die Lösung der damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben führt nämlich zu einem der wichtigsten Probleme, die der nächste Bundestag zu lösen hat: die Sanierung des Kapitalmarktes in enger Verbindung mit einer verstärkten Eigentumsbildung weiter Teile der Bevölkerung.

Den Kapitalmarkt funktionsfähiger machen!

Ein Patentrezept zu einer befriedigenden Sofortlösung unserer Außenhandels- und Zahlungsbilanzprobleme gibt es nicht. Die Rückzahlung von Auslandsschulden und die Käufe von Verteidigungsgütern im Ausland können wohl eine kurzfristige Erleichterung schaffen; das derzeitige vorhandene Ungleichgewicht kann damit aber nicht beseitigt werden. Wenn aus gewichtigen Gründen die Wechselkursrelationen nicht geändert werden und auch der rein restriktive Vorschlag einer Exportabgabe abgelehnt werden muß, so können langfristig gesehen nur der Kapitalexport und die Anregung einer Inlandskonjunktur über die Investitionsgüterindustrie helfen. Die Voraussetzungen für einen Kapitalexport und eine stärkere Belebung der Binnenkonjunktur sind aber nur dann gegeben, wenn der Kapitalmarkt funktionsfähig ist. Es wäre eine Illusion anzunehmen, daß Kapital auf privatwirtschaftlicher Basis aus einem Land mit relativ und absolut hohem Zinsniveau in ein Land mit niedrigem Zinsniveau exportiert werden kann. Die Binnenkonjunktur kann wohl durch eine Diskontsenkung angeregt werden; ein ausgeglichenes Wachstum ohne die Gefahr einer

inflationären Entwicklung und eines späteren Rückschlags ist aber nur dann gesichert, wenn die Investitionen langfristig über den Kapitalmarkt finanziert werden. Die Sanierung des Kapitalmarktes muß also im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Arbeit des 3. Bundestages stehen.

Dazu ist eine erste Vorarbeit zu leisten. Die noch in weiten Bereichen unseres Volkes anzutreffende negative Einstellung zum Kapital muß beseitigt werden. Um die aus der frühkapitalistischen Epoche stammenden, durch zwei Inflationen verstärkten Vorurteile auszuräumen zu können, muß man die Vermögensbildung wieder „ehrlich“ machen und gleichzeitig Vorsorge treffen, daß sich das gebildete Geldvermögen nicht entwertet. Aus einer solchen Aufgabenstellung ergibt es sich von selbst, daß der deutsche Kapitalmarkt nicht durch interventionistische Maßnahmen gefördert werden darf. Der Staat hat nur die äußeren Bedingungen zu setzen und den Rahmen zu gestalten, nicht aber unmittelbar in das Marktgeschehen einzugreifen. In technischer Hinsicht ist daher zunächst eine grundlegende Änderung des Steuersystems in Angriff zu nehmen. Da 1958 ohnehin zahlreiche Vergünstigungen auslaufen, empfiehlt es sich, zu diesem Zeitpunkt alle gezielten Förderungsmaßnahmen abzubauen. Gleichzeitig muß, um endlich zu einer Beseitigung der Diskriminierung der Aktie zu gelangen, die Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne drastisch gesenkt oder besser noch beseitigt werden. Mit Hilfe einer solchen Steuerpolitik würden die ausgeschütteten Gewinne erheblich zunehmen und die Finanzierung über den Kapitalmarkt zu Lasten der Selbstfinanzierung im notwendigen Umfang steigen. Neben der Senkung der Körperschaftsteuer müssen selbstverständlich die zirkulationshem-

menden Kapitalverkehrssteuern beseitigt werden. Ein großes Problem dürfte diese Beseitigung nicht darstellen, da diese Steuern nur ein relativ geringes Aufkommen haben.

Aktive Mittelstandspolitik

Mit Abbau oder Verminderung der Körperschaftsteuer wird die Wettbewerbslage zugunsten der Kapitalgesellschaften verändert. Dies widerspricht aber unserer Zielsetzung, unter allen Umständen eine weitere Schlechterstellung des Mittelstandes zu verhindern. Ein aktiver und ausreichend fundierter Mittelstand ist nicht nur für das Funktionieren der Wettbewerbsordnung und als Bildungsstätte für Führungskräfte wichtig, sondern er stellt auch das stärkste Gegengewicht gegen Vermassung und gegen eine weitere Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates dar.

Die Ertragssteuerbelastung der kleinen und mittleren Betriebe muß daher in dem Umfang gemindert werden, wie dies die Sicherung der Wettbewerbsgleichheit fordert. In diesem Zusammenhang kann man dann aber an einer grundlegenden Änderung des Umsatzsteuergesetzes nicht vorbeigehen. Die in ihm liegenden Verschiebungen der Wettbewerbsgleichheit sind nur solange erträglich gewesen, wie der Satz der Umsatzsteuer die ursprüngliche geringe Höhe hatte.

Selbstverantwortliche Eigenvorsorge im Sozialprogramm

In sozialpolitischer Hinsicht ist in den letzten Jahren mit der gesetzgeberischen Fundierung eines umfassenden Sozialprogramms begonnen worden. Dabei sollte vor allem die Beteiligung der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Menschen an unserem wirtschaftlichen Aufstieg gesichert werden, ohne die freiheitliche, selbstverantwortliche Eigenvorsorge etwa durch kollektive Hilfe abzulösen. Im Zusammenhang hiermit müssen auch die Probleme der durch die Währungsreform benachteiligten Privatrentner und der Altersversicherung des Mittelstandes gelöst werden. Ebenso wie für die Landwirte muß vor allem für die Hand-

werker und die Angehörigen der geistigen Berufe eine Regelung getroffen werden, bei der aber die Eigenverantwortung nicht ausgelöscht wird. Alle Probleme der Alterssicherung können mit Rücksicht auf die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit nicht an der Förderung des Gedankens vorbeigehen, gute Anreize für die Arbeit bis zum Eintritt der echten Alters- und Leistungsgrenze zu geben.

Neugestaltung des Krankenversicherungsrechts, bei dem frühzeitige, vorbeugende Heilmaßnahmen neben einer in allen Fällen ausreichenden und zweckdienlichen ärztlichen Betreuung im Vordergrund stehen müssen; Unfallversicherungsrecht (Unfallverhütung, Vorbeugung und Wiederherstellung); Neuordnung der Fürsorge; Umgestaltung des Kindergeldgesetzes; Abschlußgesetzgebung auf dem Gebiet des Kriegsschäden- und Kriegsfolgenrechts sind die sozialpolitischen Aufgaben des neuen Bundestages. In den vor uns liegenden vier Jahren muß unser sozialpolitisches Gesamtziel im wesentlichen erreicht werden: Schaffung eines neuzeitlichen und gerechten Sozialgefüges, Bildung einer auf der Familie aufbauenden sozialen Gemeinschaft und die Verwirklichung eines freiheitlich organisierten sozialen Staates.

Joachim Richter, Hamburg

Gegenwartsprobleme des deutschen Außenhandels

Als Folge der Zahlungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik wuchsen die Gold- und Devisenreserven bei der Deutschen Bundesbank beträchtlich. Sie erreichten am 30.10.1957 den Gegenwert von 24,37 Mrd. DM. Wie die Erfahrungen in der jüngsten Vergangenheit bestätigten, rückt nicht nur ein Schwinden, sondern auch ein rasches Wachstum der Devisenbestände verhängnisvolle wirtschaftliche Experimente in den Bereich des Möglichen. Unter den zahlreichen inzwischen gemachten Vorschlägen sind zwar kaum völlig unbrauchbare, wohl aber solche, die sich bei einer Verwirklichung als zu grobschlächtig erweisen würden. Derartige Radikalkuren versprechen auf den ersten Blick verblüffend einfache, schnell wirksame und sichere Lösungen. Dieser Scheinvorteil ist aber außerordentlich gefährlich, denn gegen unvorsichtige Eingriffe ist das eben erst wieder mit viel Mühe aufgebaute weltweite Netz der deutschen Außenhandels-

Weltraumfahrt in realistischer Sicht

Die Verwirklichung der Weltraumfahrt, die durch jüngste Experimente in greifbare Nähe gerückt ist, dürfte unbestritten als ein großer Erfolg im Geophysikalischen Jahr zu werten sein, ganz gleich welcher Nation die Wissenschaftler und Techniker angehören, denen die vorbereitenden Experimente gelungen sind. Die Wissenschaft als solche ist zumindest international, denn es ist kein entscheidendes Ergebnis wissenschaftlicher Forschung zu erwarten, das nicht auf den Erkenntnissen einer mehrtausendjährigen Menschheitsgeschichte in Orient und Okzident, aufgebaut ist. Insofern bietet die Wissenschaft wenig Raum für internationales Prestige.

Anders ist es mit der technischen Durchführung wissenschaftlich erarbeiteter Projekte. Beim heutigen Stand der Technik ist der Aufwand für Entwicklungseinrichtungen und Entwicklungsarbeiten so enorm, daß nur große Gemeinschaften, also Staaten, in der Lage sind, die benötigten Mittel aufzubringen, um große technische Projekte zu realisieren. Damit wird allerdings der technische Fortschritt zu einer staatlichen Angelegenheit und — leider — nur zu leicht zu einer nationalen Prestigefrage. Aber auch das wäre noch kein Grund, um einen psychischen Schock auszulösen, wenn ein Staat von einem anderen in einem Entwicklungsvorhaben überrundet wird.

Jeder Staat ist natürlich gezwungen, in der Förderung der Entwicklungsvorhaben eine Auswahl zu treffen, da auch seine Kräfte und Mittel begrenzt sind. Vielleicht ist es für die Menschheit verhängnisvoll, daß ein Staat dazu neigt, Entwicklungsvorhaben den Vorzug zu geben, die sein strategisches und militärisches Potential steigern könnten. Nur für solche Projekte ist man bereit, Kräfte und Mittel jeder Größenordnung bereitzustellen. Große Zweige der Wissenschaft leiden unter der Beschränkung der Mittel, die ihnen für ihre Entwicklungsarbeiten zur Verfügung stehen.

Es mag sein, daß es in der totalitären Sowjetunion leichter ist, massive Schwerpunktbildungen in ihrem Entwicklungsprogramm vorzunehmen und dadurch rascher zu punktuellen Erfolgen zu kommen als in demokratisch regierten Gemeinwesen. Vielleicht ist es dort auch leichter, Opfer zu erzwingen. Aber das ist nicht entscheidend. Der größere Reichtum der USA und die größere Freiheit der Initiative sollten diesen Vorsprung kompensieren können. Nicht der sowjetische Erfolg in der Weltraumforschung hat den psychischen Schock in den USA ausgelöst, sondern die daraus gewonnene Erkenntnis, daß eine Fernrakete mit beliebiger Sprengladung nach jedem Punkt der Erde gezielt werden kann. Die Ursache dafür, daß die USA hierin von den Sowjets überflügelt wurden, läßt eine strategische Fehlplanung vermuten. Mit einer Förderung wissenschaftlicher Erkenntnis hat das nichts zu tun. (sk)

verbindungen sehr empfindlich. Es bedarf vielmehr einer sorgfältigen Abwägung der Art und des Ausmaßes der zu ergreifenden Maßnahmen, weil wir es uns bei der Importabhängigkeit unserer Wirtschaft einfach nicht leisten können, den Außenhandel zu einem wirtschaftspolitischen Experimentierfeld zu machen.

Die Konformität der deutschen und britischen Währungspolitik

Der deutsche Außenhandel wurde daher von einer Sorge befreit, als die Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zu Ende ging, ohne daß die vorher viel diskutierte, von manchen Kreisen erwartete und von manchen befürwortete Aufwertung der D-Mark empfohlen wurde. Wegen der sehr unterschiedlichen Währungsdisparitäten gegenüber den einzelnen Ländern hätte eine einseitige Aufwertung der D-Mark zwar einige Dis-